



Familiengipfel 2013: Bundesregierung und Wirtschaft bekräftigen gemeinsames Engagement für eine familienfreundliche Arbeitswelt

Familiengipfel 2013: Bundesregierung und Wirtschaft bekräftigen gemeinsames Engagement für eine familienfreundliche Arbeitswelt
Bundesregierung, Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft und Deutscher Gewerkschaftsbund ziehen positive Bilanz der "Charta für familienbewusste Arbeitszeiten". Auf dem Familiengipfel 2013 der Bundeskanzlerin und der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend haben die Bundesregierung, die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) heute (Dienstag) in Berlin beschlossen, ihr gemeinsames Engagement für eine familienfreundliche Arbeitswelt mit konkreten Maßnahmen gezielt voranzutreiben. "Die Bundesregierung will dazu beitragen, dass Menschen ihre Familie und ihren Beruf besser miteinander vereinbaren können. Dafür die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen, ist ein Schwerpunkt unserer Familienpolitik. Familienleben heißt, auch Zeit füreinander zu haben - wir sollten also mit dem knappen Gut Zeit familienfreundlicher umgehen. Dazu müssen viele Kräfte in unserer Gesellschaft zusammenwirken", sagte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel mit Verweis auf die Zielsetzungen des Zukunftsdialogs und der Demografiestrategie der Bundesregierung. Der Familiengipfel geht zurück auf eine Idee aus dem Zukunftsdialog der Bundeskanzlerin. Die Expertinnen und Experten der Arbeitsgruppe Familie hatten der Bundeskanzlerin vorgeschlagen, regelmäßig zu einem Familiengipfel zu laden, um familienpolitische Themen und Maßnahmen ergebnisorientiert zu diskutieren und ressortübergreifend Handlungsbedarf zu identifizieren. "Die vor zwei Jahren unterzeichnete 'Charta für familienbewusste Arbeitszeiten' ist ein Erfolg - auch dank des Engagements von Wirtschaft und Gewerkschaften. Diese Entwicklung wollen wir fortsetzen und verstetigen", sagte Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder. "Eltern brauchen passgenaue Spielräume, um ihre Arbeits- und Familienzeit besser aufeinander abstimmen zu können. Beispielsweise brauchen wir mehr Möglichkeiten, zwischen Teilzeit- und Vollzeitarbeit wechseln zu können, ohne dadurch langfristig berufliche Nachteile in Kauf nehmen zu müssen." Mit welchen Maßnahmen Beschäftigte bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützt werden können, diskutierte die Bundesfamilienministerin mit Prof. Dr. Hans Heinrich Driftmann (Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertags), Prof. Dr. Dieter Hundt (Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände), Otto Kentzler (Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks), Christoph Kübel (Geschäftsführer der Robert Bosch GmbH) sowie mit Elke Hannack (designierte Stellvertretende Vorsitzende des DGB), Marcel Philipp (Oberbürgermeister der Stadt Aachen) und Marion Schick (Personalvorstand der Deutschen Telekom AG). Aachen ist einer von fünf Standorten im Rahmen des Pilotprojekts "Kommunale Familienzeitpolitik" des Bundesfamilienministeriums. Als verbindliches Zeichen gemeinsamer Verantwortung vereinbarten die Partner (Bundesfamilienministerin, die beteiligten Spitzenverbände und der DGB), zukünftig regelmäßig einen Bericht "Familie und Beruf" zu erstellen. Der Bericht soll Fortschritte und Defizite bei der Förderung einer familienbewussten Arbeitswelt dokumentieren sowie Handlungsempfehlungen an die Bundesregierung und Wirtschaft abgeben. Dazu wird ein hochrangig besetztes Gremium aus Vertreterinnen und Vertretern der beteiligten Institutionen benannt, das das Thema in die Öffentlichkeit trägt und die nachhaltige Verankerung auf der politischen und wirtschaftlichen Agenda unterstützt. Hintergrundinformationen - Charta für familienbewusste Arbeitszeiten
Am 8. Februar 2011 unterzeichneten Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder, Prof. Dr. Hans Heinrich Driftmann, Dietmar Hexel (Bundesvorstandsmitglied Deutscher Gewerkschaftsbund), Prof. Dr. Dieter Hundt und Otto Kentzler bei einem Spitzengespräch mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in Berlin die "Charta für familienbewusste Arbeitszeiten". Mit der Charta bekennen sich Politik und Wirtschaft zu einer modernen Zeitpolitik und verpflichten sich zu einem gesamtgesellschaftlichen Engagement für familienbewusste Arbeitszeiten als Instrument für eine bessere Vereinbarkeit und zur Fachkräftesicherung. Mit der Unterzeichnung der Charta wurde ein breiter Umsetzungsprozess angestoßen. Zukunftsdialog der Bundeskanzlerin
Wie sieht Deutschland in fünf bis zehn Jahren aus? Wie wollen wir gegen Ende des Jahrzehnts leben? Diese Frage diskutierte die Bundeskanzlerin von Frühjahr 2011 bis Sommer 2012 mit über 130 Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis unter der Überschrift "Menschlich und erfolgreich. Dialog über Deutschlands Zukunft". Drei große Fragestellungen standen dabei im Mittelpunkt: Wie wollen wir zusammenleben? Wovon wollen wir leben? Wie wollen wir lernen? Auch alle Bürgerinnen und Bürger konnten hierzu auf einer Online-Plattform ihre Vorschläge einreichen, diskutieren und darüber abstimmen. Einige Bürgerinnen und Bürger konnten diese Fragen direkt mit der Bundeskanzlerin diskutieren, die zu drei Diskussionsveranstaltungen eingeladen hatte. Unter den Vorschlägen zum Thema Familie waren Wünsche nach familienbewussteren Arbeitszeiten und betrieblicher Kinderbetreuung. Konkret wurde von Expertenseite z. B. ein regelmäßiger Familiengipfel der Bundeskanzlerin vorgeschlagen oder auch ein Bundesmodellprojekt, das besser aufeinander abgestimmte lokale Zeittakte anregt, fördert, begleitet und evaluiert. Ziel des Zukunftsdialogs war es, eine gesamtgesellschaftliche Diskussion über die nahe Zukunft Deutschlands anzuregen und konkrete Handlungsvorschläge und Denkanstöße für die politische Arbeit zu gewinnen. Weitere Informationen: www.dialog-ueber-deutschland.de - Demografiestrategie der Bundesregierung
Die Bundesregierung hat mit der Demografiestrategie einen Ebenen übergreifenden Dialogprozess initiiert, um Wachstum und Wohlstand im demografischen Wandel langfristig zu sichern. Im Mittelpunkt stehen die Lebensbereiche, in denen die Menschen die Auswirkungen des demografischen Wandels ganz unmittelbar und am stärksten erfahren. Eines der sechs Handlungsfelder ist "Familie als Gemeinschaft stärken". Die Demografiestrategie formuliert für die Handlungsfelder konkrete Ziele und zeigt Maßnahmen zu deren Verwirklichung auf. Sie bezieht sich dabei nicht allein auf Maßnahmen des Bundes. Die Arbeitsprogramme mit Gestaltungspartnern aus Ländern und Kommunen, Verbänden, Sozialpartnern und anderen Akteuren der Zivilgesellschaft enthalten dazu Vorschläge, die in der eigenen Verantwortung oder gemeinsam zu realisieren sind. Pilotprojekt "Kommunale Familienzeitpolitik"
Das Bundesfamilienministerium hat zum Aktionstag der Lokalen Bündnisse für Familie im Mai 2012 das Pilotprojekt "Kommunale Familienzeitpolitik" gestartet. An fünf Standorten erarbeiten Lokale Bündnisse für Familie mit wichtigen lokalen Akteuren wie Arbeitgebern, Schulen, Behörden, Dienstleistern oder Nahverkehrsbetrieben übertragbare Konzepte und praktische Maßnahmen, wie sich Zeitprobleme für Familien vor Ort verringern lassen. Die Standorte sind Aachen, Herzogenrath, Neu Wulmstorf, der Landkreis Donau-Ries und der Saalekreis. Ziel ist es, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit auch die Lebensqualität der Familien zu verbessern.

Pressekontakt

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

10178 Berlin

bmf.sj.de/
poststelle@bmf.sj.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

10178 Berlin

bmfsfj.de/
poststelle@bmfsfj.bund.de

Um den gegenwärtigen gesellschaftlichen Herausforderungen zu begegnen, hat die Bundesregierung eine nachhaltige Familienpolitik zu ihrem Markenzeichen gemacht: Ein neuartiger Mix aus Ausbau der Infrastruktur, familienfreundlicher Unternehmenskultur und neu zentrierten monetären Leistungen schafft wirtschaftliche, aber auch zeitliche Spielräume für die Familien und erhöht damit die Lebensqualität für Eltern und Kinder. Mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz soll bis zum Jahr 2010 das Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren um 230.000 neue Plätze steigen. Dieses Gesetz verpflichtet die Kommunen, bis 2010 ein ausreichendes Betreuungsangebot für die unter Dreijährigen zu schaffen.